

Wahlprüfsteine 2017

Aktuelle Themen, die bewegen – leicht lesbar!

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. bringt sich auch im Wahljahr 2017 ein und fragte bei den Bundestags-Parteien ihre politischen Positionen und Konzepte ab.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 und 2013 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien sowie die FDP und AfD auf die Prüfsteine geantwortet.

Die Parteien äußerten sich zu wahlentscheidenden Themen - in kurzen, einfachen und leicht verständlichen Sätzen.



Hier die Antworten von
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Frage 1: Was will Ihre Partei für die innere Sicherheit in Deutschland tun?

Wir setzen auf einen freiheitlichen und damit starken Rechtsstaat. Gut arbeitende Polizei und eine starke Justiz sorgen für unsere Sicherheit und Freiheit. Und es braucht gute Gesetze, die unsere Freiheit sichern. Die Polizei in Europa muss besser und mehr zusammenarbeiten, um Terroranschläge zu verhindern. Wir wollen

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. - Berliner Platz 8-10 - 48143 Münster

Tim Henning
0251-49099641
t.henning@alphabetisierung.de

Stephanie Blume
0251-49099631
s.blume@alphabetisierung.de

Stefan Wälte
0251-49099637
s.waelte@alphabetisierung.de

dafür sorgen, dass weniger Schusswaffen verkauft werden können und dass Waffen im Privatbesitz besser kontrolliert werden.

Wichtig ist uns auch die Vorbeugung. Gute Vorbeugung kann helfen, Verbrechen zu verhindern. Vorbeugung ist wichtig nicht nur gegenüber dem Terrorismus, sondern auch zum Beispiel bei Wohnungseinbrüchen. Hier wollen wir die Menschen finanziell unterstützen, damit sie ihre Wohnung besser sichern können.

Frage 2: Was will Ihre Partei unternehmen, um uns zukünftig vor Terroranschlägen zu schützen?

Wir wollen, dass die Polizei mehr Personal bekommt und bessere Technik. Das braucht sie, um Menschen vor Terroranschlägen gut schützen zu können. Die Polizei kann dies viel besser leisten als Geheimdienste.

Die Politik muss aus Anschlägen der Vergangenheit lernen. Fast alle islamistischen Attentäter der vergangenen Jahre in ganz Europa waren den Behörden bereits bekannt. Es ist daher wichtig, Personen gut zu überwachen, von denen bekannt ist, dass sie zu Terroranschlägen bereit sein könnten. Das sind einige hundert Personen in Deutschland. Sie gezielt zu überwachen, ist viel wirksamer als mit der so genannten „Vorratsdatenspeicherung“ das Telefon- und Internet von als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger zu erfassen.

Wir wollen mehr Geld für Vorbeugung bereitstellen. Schule und Jugendarbeit müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende, Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten. Wir wollen auch Initiativen fördern, die radikalisierte Menschen wieder in die demokratische Gesellschaft zurückzuholen.

Frage 3: Wie will Ihre Partei mit geflüchteten Menschen in Deutschland umgehen?

Wir wollen eine Flüchtlingspolitik, die Fluchtursachen bekämpft, sichere Wege nach Europa öffnet, das Asylverfahren qualitativ verbessert und Integration ermöglicht. Um die Situation der geflüchteten Menschen in Deutschland zu verbessern, wollen wir eine schnellere Integration unterstützen, d.h. zum Beispiel Integrationskurse ab dem ersten Tag zugänglich zu machen, sozialen Wohnungsbau stärken und den Zugang zu Schulen und Arbeit erleichtern. Und wir wollen die Kommunen und die vielen engagierten Vereine und Einzelpersonen stärken, da diese die Integration in die Zivilgesellschaft vorantreiben.

Frage 4: Welche Schwerpunkte will Ihre Partei in der Europapolitik setzen?

Wir wollen die EU demokratischer, transparenter und gerechter machen, indem auch das Europäische Parlament die Gesetze

macht. Das Europäische Parlament soll mehr mit nationalen Parlamenten zusammenarbeiten.

Wir wollen, dass Menschen in der EU mitentscheiden können, indem sie zum Beispiel einfacher an europäischen Bürger-Entscheiden teilnehmen können.

Wir wollen eine öffentliche Liste, die die Kontakte von Interessengruppen mit Politikerinnen und Politikern sichtbar macht.

Überall in der EU wollen wir Grundsätze festlegen für einen Mindestlohn und später auch eine Arbeitslosenversicherung.

Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen wollen wir mit besserer Förderung und mehr Arbeitsplätzen bekämpfen. Wir wollen mehr Geld aus dem EU-Haushalt konkret für Umwelt und Soziales ausgeben und Millionen dauerhafter Arbeitsplätze schaffen. Bezahlt werden soll das mit einem Vertrag zwischen den EU-Mitgliedstaaten, der Firmen und Menschen dazu zwingt, ihre Steuern auch wirklich zu bezahlen.

Die Flüchtlinge, die in die EU kommen, sollen gerecht auf alle Mitgliedstaaten verteilt werden. Wir wollen nicht, dass Flüchtlinge unter Lebensgefahr auf kleinen Booten übers Meer kommen müssen, sondern auf sicheren Wegen. Wir setzen uns dafür ein, dass es nicht mehr so viele Gründe gibt, zu flüchten, zum Beispiel indem wir faire Geschäfte mit den Menschen machen.

Frage 5: Was unternimmt Ihre Partei gegen drohende Altersarmut?

Wenn man viel gearbeitet und dafür nicht viel Geld bekommen hat, wenn man sich mit Werkverträgen über Wasser halten musste, wenn man zwischendurch immer wieder arbeitslos war, wenn man Kinder erzogen oder die Eltern gepflegt hat - dann reicht im Alter das Geld oft nicht zum Leben. Die Rente soll dann so erhöht werden, dass man trotzdem keine Grundsicherung beantragen muss. Das ist unser Ziel. Wir nennen es Garantierente.

Frage 6: Steuersenkungen, Investitionen, Schuldenabbau. Wofür will Ihre Partei das überschüssige Steuergeld benutzen?

Anstatt Steuersenkungen mit der Gießkanne, d.h. für alle, wollen wir zielgenau Familien und Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen unterstützen. Für wohlhabende Menschen erhöhen wir die Steuer (den sogenannten Spitzensteuersatz für Einkommen über 100.000 Euro). Wir führen eine Vermögensteuer für Superreiche ein. Damit sie mehr beitragen zu unserer Infrastruktur: also Investitionen in Schulen und Kindergärten, in bezahlbaren Wohnraum, in Klimaschutz und in die digitale Infrastruktur.

Frage 7: Wo will Ihre Partei im Bereich Bildung Schwerpunkte setzen?

Qualität in Kindertagesstätten sichern: Die Zukunft beginnt in der Kindertagesstätte. Kindertagesstätten bieten Raum zum Spielen, Lernen und Sprechen – und Kindern die Chance auf Bildungserfolg. Die Zeit, die eine Fachkraft für die unmittelbare pädagogische Arbeit mit den Kindern hat, ist häufig zu knapp bemessen. Deswegen wollen wir bundesweit in einem Gesetz Qualitätsstandards festlegen – zum Beispiel, dass eine ErzieherIn künftig höchstens drei Kinder unter drei Jahren betreuen darf. Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung muss klar ein Anspruch auf eine ganztägige Betreuung sein und wir werden dafür sorgen, dass rasch die fehlenden Kita-Plätze aufgebaut werden. Der Bund soll sich mit mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr an den zusätzlichen Kosten beteiligen.

Schulen fit für die Zukunft machen: Wir wollen dafür sorgen, dass der Schulerfolg endlich nicht mehr durch die soziale Herkunft vorbestimmt wird. Wir arbeiten weiter daran, das Kooperationsverbot aufzuheben, sodass der Bund sich finanziell beteiligen kann, den Aufbau von weiteren Ganztagschulplätzen überall im Land anzustoßen. Mit vier Milliarden Euro soll sich der Bund beteiligen. Um Schulen zu sanieren, stellen wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereit und machen damit 10.000 Schulen fit für die Zukunft.

Wir wollen Schulen auch für die digitale Zukunft fit machen. Schulen sollen dann finanziell unterstützt werden, wenn sie stimmige pädagogische Konzepte für digitales Lernen vorlegen.

Und wir wollen mit einem Bundesprogramm Schulen in benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen mit mehr Personal und mehr Mitteln ausstatten.

Frage 8: Trotz Mindestlohn müssen viele Familien das Gehalt aufstocken, sollte sich etwas ändern?

Ein Mindestlohn reicht nicht zum Leben, wenn davon noch mehrere Kinder leben müssen oder eine teure Wohnung bezahlt werden muss. Wir wollen, dass der Staat das Kindergeld für diese Menschen so erhöht, dass es zum Leben reicht – mit einem Kindergeld-Bonus, der nicht extra beantragt werden muss. Wir wollen außerdem, dass der Staat mehr Geld dafür ausgibt, dass Sozialwohnungen gebaut werden. Menschen, die schon heute in einer Wohnung leben, die viel zu teuer ist, wollen wir mehr Wohngeld zahlen.